

Kantonsrat*Parlamentsdienste*

*Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch*

Medienmitteilung**SOGEKO: Konsens über Vorgehen zur Neuregelung der Restfinanzierungskosten in der Langzeitpflege**

Solothurn, 12. November 2010 – Nachdem der Kantonsrat den dringlichen Auftrag der Fraktion FDP zur Regelung der Finanzierung der Restkosten in der Langzeitpflege wieder in die Kommission zurückbeordert hatte, sind sich die kantonsrätliche Sozial- und Gesundheitskommission und das Departement über das weitere Vorgehen einig geworden.

Erneut hat die SOGEKO das Geschäft der Restfinanzierungskosten in der Langzeitpflege behandelt und den Regierungsrat damit beauftragt aufzuzeigen, wie die vorgesehene Neuregelung der Finanzierung der Langzeitpflege umgesetzt werden kann. Auch soll er die finanziellen Kosten für Kanton und Einwohnergemeinden darlegen. Die Veränderung der Kostenbelastung der Patienten im Vergleich zu den Nachbarkantonen ist – unter Berücksichtigung der Pflege- sowie aller übrigen Heimkosten – ebenfalls zu präsentieren. Das Departement konnte dieser Vorgehensweise zustimmen. Um eine eingehende Diskussion zwischen Kanton und Gemeinden und die politische Behandlung zu ermöglichen, verlangt die SOGEKO in dem nun vorgeschlagenen Wortlaut eine Umsetzung auf 2012.

Weiter hat sich die SOGEKO mit dem Auftrag für ein Verbot von Vollverschleierungen befasst. Dieser verlangt auf Bundesebene ein Verbot des Tragens von Vollverschleierung in der Öffentlichkeit. Die Mehrheit der Kommission stimmte dem Regierungsrat zu, dass eine Standesinitiative für ein Verbot abgelehnt werden soll. Die vollständige Verschleierung sei ein numerisch

unbedeutendes Phänomen und die Problematik auf Bundesebene längstens thematisiert.

Zudem hat die Kommission mit knapper Mehrheit einer Erhöhung des Budgets der Solothurner Spitäler AG von 1,7 Millionen Franken zugestimmt. Diese Erhöhung wurde vom Regierungsrat verlangt, weil durch den Pensionskassenwechsel für das Personal des Bürgerspitals Solothurn höhere Kosten für den Arbeitgeber entstehen.